



Müller



Gabriel



Nahles

SPD

## Kampf um Spitzenposten

Mit der Neuwahl des Bundestages hat in der SPD ein Gerangel um wichtige Führungspositionen in Partei und Fraktion begonnen. Besonders umkämpft: der Job des Generalsekretärs. Führende Vertreter der SPD-Linken wollen verhindern, dass der frühere niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel auf dem November-Parteitag in Karlsruhe zum Nachfolger des amtierenden SPD-Generals Klaus Uwe Benneter gewählt wird. Gabriel hatte sich intern für den Posten ins Gespräch gebracht und erhält aus der Partei-Strömung „Netzwerker“ Unterstützung. Viele SPD-Linke favorisieren dagegen die einstige Juso-Chefin Andrea Nahles. Im Gespräch ist zudem der jetzige Bundesgeschäftsführer der SPD, Kajo Wasser-

hövel. Gabriel wollen die Linken entweder mit einem Kabinettsposten in einer etwaigen Regierung oder mit einem Job als Partei-Vize abfinden.

Streit gibt es hinter den Kulissen zugleich um die künftige Führung der Gruppe der „Parlamentarischen Linken“ in der SPD-Bundestagsfraktion. Der bisherige erste Sprecher der einflussreichen Fraktionsströmung, Michael Müller, ist intern umstritten. In dieser Woche soll abgestimmt werden, auch hier ist die Rheinland-Pfälerin Nahles als Nachfolgerin im Gespräch. Müller hatte sich bis vergangenen Freitag noch nicht entschieden, ob er wieder für den Posten kandidieren will.

Als einigermaßen gesichert gilt indes das Comeback des früheren SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz. Der Hamburger ist Favorit für den Posten des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der sozialdemokratischen Fraktion. Bei ersten Sondierungsgesprächen sicherte in der vorigen Woche eine breite Mehrheit von Abgeordneten Scholz die Unterstützung für dieses Amt zu. Scholz gilt zudem als Lieblingskandidat von Partei- und Fraktionschef Franz Müntefering.

BUNDESWEHR

## Liberalen für Afghanistan-Einsatz

Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) kann diese Woche im Bundestag mit besonderer breiter Unterstützung für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr rechnen. Anders als bisher wird – neben der CDU/CSU – voraussichtlich auch die FDP der Friedensmission zustimmen. Maßgebliche Außen- und Wehrpolitiker der Liberalen haben ihren Widerstand gegen den Einsatz aufgegeben. Sie wollen der liberalen Fraktion nun die Annahme der rot-grünen Pläne empfehlen, die Zahl der Soldaten von derzeit 2250 auf bis zu 3000 zu erhöhen und das Einsatzgebiet

der Bundeswehr zu erweitern: Das am vergangenen Mittwoch vom rot-grünen Kabinett gebilligte Mandat räume Vorbehalte der Liberalen aus, die sich gegen die Wiederaufbauteams im Norden

des Landes und die Unterstützungsleistungen der Bundeswehr bei der Drogenbekämpfung gerichtet hätten. Vor einem Jahr hatten FDP-Vertreter das Konzept der Wiederaufbauteams, an

dem das neue Mandat nichts ändert, noch als „Flop“ kritisiert. Ein Versuch Strucks, den Einsatz vor der parlamentarischen Sommerpause und dem Wahlkampf per Vorratsbeschluss um ein Jahr verlängern zu lassen, war im Juni an den Liberalen und der Union gescheitert. Weil das geltende Mandat am 13. Oktober abläuft und der neue Bundestag bis dahin nicht konstituiert ist, wurde nun der alte Bundestag für Mittwoch zu einer Sonder-sitzung einberufen.



Bundeswehrsoldaten in Kabul